

# »Planung für Tunnel vorantreiben«

VON JOACHIM KREIBICH

TÜBINGEN. Wirbelt die Bundestagswahl die Straßenverkehrs-Planung für die zentrale Achse im Landkreis Tübingen durcheinander? Die Grünen-Abgeordnete Winne Hermann und Boris Palmer fürchten, dass nach der Wahl die Tunnel-Lösung gekippt werden könnte und die B 27 in einer offenen Trasse über den Schindhau geführt werden soll. Besorgt äußern sich auch Tübinger Stadträte und Mitglieder der Bürger-Initiativen.

»Es waren sechs Jahre harte Arbeit gegen Widerstände in den Ministerien notwendig, um den vierspurigen Tübinger Tunnel der B 27 im Bundesverkehrswegeplan zu verankern«, betont Hermann. Der Bundestags-Abgeordnete verteuert die Absicht und glaubt, Landesregierung und Regierungspräsidium hätten den Beginn des Planfeststellungs-Verfahrens bewusst hinausgezögert. Landtags-Kollege Palmer hat die Landesregierung in einer Anfrage aufgefördert, Stellung zu beziehen.

## Autobahn über den Schindhau?

Hermann macht den Trassen-Verlauf zum Wahlkampf-Thema und sagt: »Ich befürchte, dass starke Kräfte in der CDU nach der Wahl den Tunnel kassieren wollen und wieder auf die Autobahn über den Schindhau setzen. Darüber muss vor der Bundestagswahl Klarheit herrschen.«

Auch im Tübinger Rathaus ist man unzufrieden. Bereits vor der Intervention der Abgeordneten hat Oberbürgermeisterin Brigitte Russ-Scherrer im Namen aller sechs Fraktionen einen Brief ans Regierungspräsidium geschrieben, in dem gefordert wird. Regierungspräsident Hubert Wicker wird darin aufgefordert, alles in seiner Macht Stehende zu tun, »um die Planung des langen Schindhau-Basistunnels zügig voranzubringen.« Russ-Scherrer erinnert daran, dass der Gemeinderat bereits im Jahr 2002 einstimmig für den Tunnel votiert hat.

## Warten auf Berlin

Wicker hat bisher auf Berlin verwiesenen und sich im Frühjahr in Kusterdingen bei einer CDU-Versammlung beklagt (Wir berichteten): »Wir warten darauf, wenigstens mit der Planung beginnen zu können.« Das Berliner Ministerium habe nach drei Jahren immer noch keinen schriftlichen Bescheid in Sachen B 27-Umfahrung gegeben.

Die SPD-Bundestags-Abgeordnete

Herta Däubler-Gmelin steht darin ein »unverbrochenes Ablenkungs-Manöver.« In Wirklichkeit seien Tübingen und Stuttgart am Zug.

So lautet auch die Auskunft im Berliner Ministerium. Der Abschnitt Bläsbad bis Tübinger Kreuz ist im vordringlichen Bedarfsplan für Bundesfernstraßen drin. »Damit ist ein gesetzlich festgelegter uneingeschränkter Planungs-Auftrag begründet«, hatte Staatssekretär Achim Großmann der CDU-Abgeordneten Annette Widmann-Mauz geantwortet, als diese im Februar schriftlich nachfragte, warum die Planungen stocken. Alles Weitere ist laut Großmann Ländersache – auch die Bereitstellung von Mitteln für die Planung. Da dürfe sich der Bund nicht einmischen.

## »Behördenwillkür«

Auch die Tübinger Initiativen sind verärgert. Christian Achnitz, aktiv im Forum Französisches Viertel, spricht von »Behördenwillkür.« Elisabeth Schonart von der Bürger-Initiative Südstadt findet es »ein Üdning«, dass sich die Sache so lange verzögert hat, und hofft, dass die drei Tübinger Bundestags-Abgeordneten sich weiter aktiv einbringen.

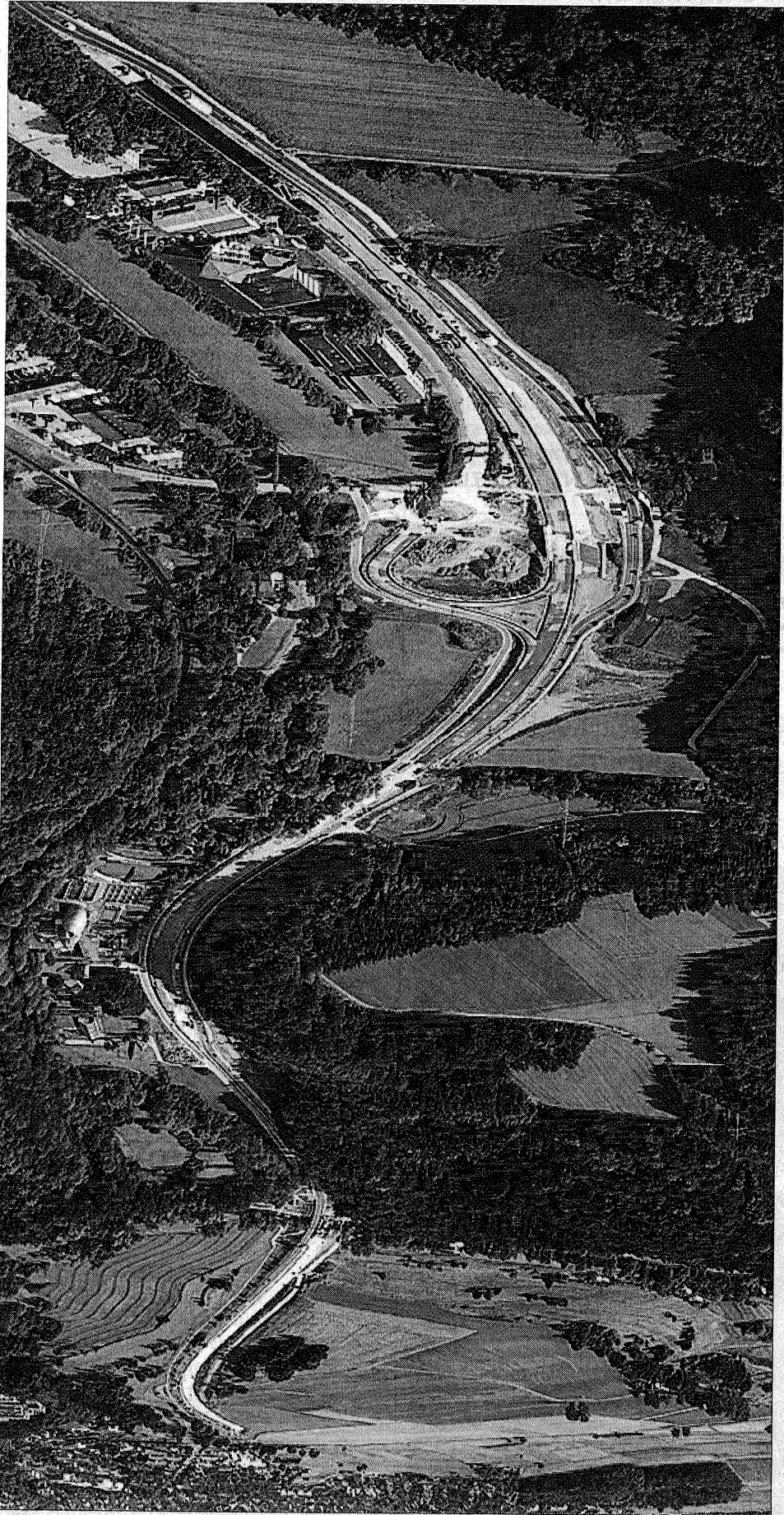
Für Herta Däubler-Gmelin steht fest, dass jeder, der eine rasche Lösung will, nur für den Tunnel sein kann. »Von der offenen Trasse wären Zehntausende betroffen. Das ist doch klar, dass dann vor Gericht geklagt wird.« (GEA)

## DREI VARIANTEN

Im Januar 1997 verkündet Regierungspräsident Max Cögl: Der vierspurige Ausbau der bestehenden B 27-Trasse durch die Südstadt soll Grundlage des Planfeststellungsverfahrens werden. Ein Tunnel sei zu teuer, eine offene Variante über den Schindhau hätte vor Gericht keine Chance. Cöglers Trassenwahl stößt auf massive Kritik.

Juli 2000: Nachfolger Hubert Wicker favorisiert nach einer neuen Abwägung eine »teilüberdeckte Kelterhau-Trasse.« Das Verkehrsministerium in Berlin verweigert die Zustimmung.

Im Bundesverkehrswegeplan 2003 werden 133 Millionen Euro für den Tunnel ausgewiesen. Das Regierungspräsidium geht davon aus, dass bis zur Inbetriebnahme des Abschnitts mindestens 14 Jahre vergehen – wenn das Planfeststellungsverfahren zügig in Angriff genommen und die Trasse nicht gerichtlich angefochten wird. (GEA)



Am Bläsbad-Knoten wird schon der Belag aufgebracht. Über den nächsten Abschnitt Richtung Tübingen besteht noch nicht einmal auf dem Papier Klarheit. FOTO: GROHE